

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2. NOV. 1965  
**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/207

Bonn, den 27. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Beweglich...

21

Die Freien Demokraten und die deutsche Ostpolitik

1

Schwerwiegende Zugeständnisse

25

Zur Krise der EWG

2

Hemmungslos...

33

Die OEE und die Bundesfinanzen

3 - 4

Überall Rassenprobleme

87

Internationale Juristenkommission untersucht

Rassenschwierigkeiten in Britisch-Guyana

Von Pierre Simonsch, Genf

-----  
SELBSTBESTENNUNG UND BEINGLEDERUNG bringt heute:

Volk ohne Vaterland  
Über den Kopf der Betroffenen hinweg  
Neuer Vertriebenenminister  
Erfolgreicher Hessenplan  
Sudeten-Jahrbuch 1965  
Umsetzungen im Bundesrat

+ + +

Beweglich...

Die Freien Demokraten und die deutsche Ostpolitik

sp - Noch bevor die Regierungserklärung bekannt ist, haben die Freien Demokraten verkündet, sie würden sich in der neuen Bundesregierung für eine aktive Deutschland- und eine bewegliche Ostpolitik einsetzen. Das ist gewiß eine löbliche Absicht, deren Verwirklichung jedoch schwierig erscheint, wenn man berücksichtigt, welche politischen Kräfte in dieser alten und neuen Regierungskoalition Gegner einer beweglichen Ostpolitik sind. Wir brauchen deren Namen nicht zu nennen; man kennt sie und man weiß, warum der Bundeskanzler bei der Regierungsbildung ins Gedränge geriet, als er während der Koalitionsverhandlungen versuchte, den Einfluß der Freien Demokraten auf die Deutschland- und Ostpolitik abzugrenzen. Dem Vernehmen nach haben schon am Dienstagabend dieser Woche namhafte CSU- und CDU-Abgeordnete Besprechungen darüber geführt, wie sie die Absichten der Freien Demokraten "mauern" könnten. Von einem offiziellen Schritt bei Bundeskanzler Erhard hat man bisher Abstand genommen, will jedoch dafür sorgen, daß schon bei der Regierungserklärung gegenüber den Wünschen der FDP gewisse Einschränkungen eingebaut werden. Das Pokerspiel hat also schon begonnen, bevor die Hauptakteure des Spiels angetreten sind. Im Interesse einer konstruktiven Deutschland- und auch deutschen Ostpolitik bleibt zu hoffen, daß die offensichtlichen Gegensätze der Koalitionspartner nicht zur Lähmung jeglicher Aktion führen.

Schwerwiegende Zugeständnisse

Zur Krise der EWG

sp - Weit sind die fünf EWG-Partner auf ihrer Brüsseler Sitzung gegangen, um Frankreich die Mitarbeit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zu ermöglichen. Sie machten nicht nur große Zugeständnisse in der Agrarfinanzierung, dem äußeren Stein des Anstoßes, sie wollen auch mit Frankreich über die allgemeine Lage der Gemeinschaft ohne die Anwesenheit der Hohen Kommission beraten. Das ist ein schwerwiegendes Zugeständnis, weil es ein Präzedenz schafft und den Römischen Verträgen die Substanz nehmen würde, sollte die Ausschaltung der Hohen Kommission bei den Beratungen des Ministerrates der sechs EWG-Länder zur Gewohnheit werden. Keiner der Fünf könnte bei diesem Zugeständnis wohl zumute sein. Zunächst jedoch steht noch nicht einmal fest, ob Frankreich die Einladung zu neuen Gesprächen annehmen wird. Die bisherige Haltung de Gaulles gibt nicht viel Raum zu Hoffnungen. Der französische Staatschef verfolgt weitergehende Pläne; für ihn sind die "Technokraten" in Brüssel ein Greuel und jeden Gedanken an Integration weist er weit von sich. Integration bedeutete für ihn den Untergang Frankreichs in einem Vereinten Europa. Die EWG durchschreitet eine Durststrecke, ihre Existenz als eine lebendigen Gemeinschaft ist schwer gefährdet. Die fünf EWG-Partner haben durch ihren Kompromiß versucht, de Gaulle goldene Brücken zu bauen. Sie ließen es nicht auf Biegen und Brechen ankommen. Die bange Frage, ob die Einigkeit der fünf EWG-Partner weiterem und verstärktem französischem Druck standhalten werden, kann nur die Zukunft beantworten. Ein weiteres Nachgeben würde de Gaulle zu noch größeren Versuchungen verleiten, ungeachtet der Nachteile, die Frankreich dann entstünden.

Hemmungslos...

Die CDU und die Bundesfinanzen

H. Ber. - Wochenlang hat die CDU samt den ihr nahestehenden Propagandainstrumenten die SPD und vor allem ihre führenden Finanzpolitiker angegriffen, als diese im Sommer auf die steigenden finanziellen Schwierigkeiten des Bundes und die gewaltige Deckungslücke von über sechs Milliarden Mark im Bundeshaushalt aufmerksam machten. Und selbst der eben wieder in sein Amt berufene Finanzminister Dr. Dählgrün versuchte vor der Bundespressekonferenz das Defizit herunterzuspielen und den Anschein zu erwecken, als seien die Fehlbeträge durch einen kleinen Kraftakt und einen bescheidenen Gang auf den Kapitalmarkt zu beseitigen.

Inzwischen hat selbst Zweckoptimist Erhard vor der Unionsfraktion dargelegt, welche Schwierigkeiten der Haushaltsausgleich bereitet, welche rigorosen Schritte überlegt werden müssen, um wieder den Weg zu einer gesunden Finanz- und Haushaltspolitik zurückzufinden.

Nur die Parteipropagandisten der CDU in der Bonner Massestraße haben noch nicht gemerkt, daß ihre im Wahlkampf verkündeten Thesen einer gesunden Finanzpolitik nichts als durchsichtige Schönfärberei war, denn sie verkünden ihre Unwahrheiten und Unverfrorenheiten munter weiter.

Die "Frankfurter Allgemeine", sonst den Unionsparteien durchaus zugetan, fand diesen naß-forschen Umgang mit der Wahrheit unhaltbar. Was der Deutschland-Unions-Dienst der CDU auch jetzt noch über die solide Finanzpolitik der Vergangenheit sage, habe mit den harten Tatsachen wirklich nichts mehr zu tun. Besonders frappierend findet die "FAZ" die rosaroten Darstellungen der CDU deshalb, weil sie am gleichen Tage den Gutgläubiger dargeboten wurden, da die EWG-Kommission die deutsche Haushaltspolitik mit Recht kritisiert habe. Und dabei erinnert die Zeitung an das 7-Milliarden-Loch im Haushalt des Bundes. Das Frankfurter Blatt kommt zu dem Schluß, daß auch eine gerade wieder vom Wähler bestätigte Partei in Umgang mit der Wahrheit "nicht allzu hemmungslos" sein dürfe.

Nun, dieser Philippika bleibt nichts mehr hinzuzufügen, denn sie hat wirklich ins Schwarze getroffen!

Überall Rassenprobleme.

Internationale Juristenkommission untersucht  
Rassenschwierigkeiten in Britisch-Guyana.

Von Pierre Simonitsch, Genf

Am 2. November soll in London die Konferenz über die Gewährung der Unabhängigkeit an Britisch-Guyana eröffnet werden. Dieses südamerikanische Land von ungefähr der Größe der Bundesrepublik sieht sich besonders komplizierten Rassenproblemen gegenüber. Seine in fast ausschließlich rassistischen Interessenvertretungen (politische Parteien, Gewerkschaften) organisierte Bevölkerung setzte sich Ende 1964 aus folgenden Gruppen zusammen: 50,2 % eingewanderte Inder, 31,5 % Neger, 11,9 % Mischlinge, 4,6 % Indios, 1,4 % Europäer und 0,4 % Chinesen. Die blutigen Unruhen vom vergangenen Jahr, deren tiefliegende Ursachen weiterbestehen, lassen für die Zukunft große innenpolitische Schwierigkeiten befürchten. Im Sommer 1964 hatte die damalige britische Regierung einer UNO-Untersuchungskommission die Einreise in die Kolonie verweigert. Dieses Jahr dagegen konnte die in Genf ansässige Internationale Juristenkommission sogar auf Ersuchen der Lokalregierung von Britisch-Guyana einen dreiköpfigen Untersuchungsausschuss beauftragen, an Ort und Stelle das Rassenproblem im öffentlichen Dienst zu studieren und Maßnahmen zur Beseitigung eventueller diskriminierender Praktiken empfehlen.

Der nunmehr veröffentlichte Bericht hebt in seinen Schlussfolgerungen hervor, daß die derzeitigen rassistischen Spannungen zum großen Teil auf die Unruhe und Ungewißheit zurückzuführen seien, in der eine Gemeinschaft lebt, die im Begriffe ist, die koloniale Vormundschaft durch die Unabhängigkeit zu ersetzen. Ein weiterer Anlaß für die Unruhen der jüngsten Zeit habe sich aus der Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit ergeben. Daher müsse jedes Programm zur Beseitigung der Rassendiskriminierung den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt miteinschließen.

Die Spannungen sind vor allem deswegen akut geworden, weil die indische Bevölkerung in den letzten Jahren bedeutend zugenommen hat und es ihr gelang, ihren Wohlstand und Einfluß zu stärken. Diese rassistisch geschlossene Gruppe, die bereits über die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, vermehrt sich ständig und strebt eine größere Beteiligung am öffentlichen Leben an. Daß proportional die Anzahl der Inder im Verwaltungsdienst tatsächlich geringer ist als die der Afrikaner (in der Polizei beispielsweise kommen auf 73,5 % Neger nur 19,9 % Inder), ist gemäß dem Bericht eher auf historische und soziale Gründe als auf eine Rassendiskriminierung zurückzuführen. In der Vergangenheit haben die Inder nämlich immer ein stärkeres Interesse für die Privatinitiative als für den öffentlichen Dienst gezeigt.

Dennoch verwirft der Bericht der Internationalen Juristenkommission mit Bestimmtheit die Idee, das Mißverhältnis radikal

zu beseitigen, indem sofort und in großer Zahl indisches Personal in die Verwaltung eingestellt und ein Quotensystem nach Rassen eingeführt würde. Durch eine solche willkürliche Methode würde die politisch-soziale Spaltung der Bevölkerung noch vertieft und zu einer Dauereinrichtung werden. Eine Ausnahme schlägt der Bericht allerdings betreffend die Polizei vor. Das Übergewicht irgend einer rassischen Gruppe innerhalb der Polizeikräfte bedroht die Gemeininteressen mit der Gefahr, daß der unzureichend vertretene Bevölkerungsteil kein Vertrauen in die Unparteilichkeit der Polizei hat. Daher sollte in Britisch-Guyana die Neueinstellung von Polizisten für eine Zeitspanne von fünf Jahren auf der Basis von 75 % für indisches Personal und 25 % für Angehörige anderer Rassen erfolgen. Der Bericht rät jedoch davon ab, dieses vorübergehend anzuwendende Quotensystem auf das Beförderungswesen auszudehnen.

Wenn das afrikanische Element im Verwaltungsapparat vorherrscht, so stellen die Inder die erdrückende Mehrheit der Landbesitzer. Trotzdem lehnt der Bericht auch bei der Ausarbeitung der landwirtschaftlichen Siedlingsprogramme künstliche Korrekturen der Bevölkerungsstruktur ab. Die Untersuchungskommission macht geltend, daß diese Programme aufgestellt werden, um denjenigen Land zu geben, die bereit und geeignet sind, diesen Boden zu kultivieren, und daß die Inder ganz allgemein für eine solche Aufgabe die besten Voraussetzungen bieten.

Ein Vorschlag wird wohl kaum allgemeine Zustimmung finden. Er geht nämlich darauf hinaus, in Voraussicht eventueller Unruhen nach der Erreichung der Unabhängigkeit eine ausländische Militärtruppe im Lande zu belassen, bis es Guyana gelungen sein wird, eine ausreichende eigene Streitmacht zu rekrutieren, auszubilden und auszurüsten. Auf rechtlichem Gebiet erscheint dem Bericht die Einführung eines "Ombudeman" zur Untersuchung von Beschwerden über rassische Diskriminierung oder die Schaffung eines repräsentativen Ausschusses mit den gleichen Funktionen zweckmässig. Ferner fordert der Bericht die Regierung in Georgetown auf, sofort energische Massnahmen zu ergreifen, um die Segregation in gewissen Schulen aufzuheben, die provisorisch besonders für indische Gemeinschaften eingerichtet wurden.

Diese Untersuchung ist die erste, die jemals über Verwaltungsprobleme eines Landes mit rassisch gemischter Bevölkerung durchgeführt worden ist, betonte die Internationale Juristenkommission.